

Europa und der Terrorismus

Ein Gespenst geht um in Europa

- das Gespenst des Terrorismus

Nach dem 11. September, so hat man gesagt, ist nichts mehr, wie es war. Heute, gut vier Monate nach dem Einsturz des World Trade Center, klingt dieser Satz anders als damals. Damals drohte die Politik aus den Fugen zu geraten; für einen Augenblick schien die Möglichkeit eines großen bewaffneten Konflikts zwischen West und Ost, Islam und Christentum, armer und reicher Welt auf. Heute scheint diese Gefahr weitgehend gebannt. Und die Ursache dafür liegt darin, dass der Gegner, das Böse, das man bekämpfen mußte, auf eine relativ kleine Gruppe reduziert werden konnte, dass der Konflikt nicht zum Kampf der Kulturen explodierte. Das Zauberwort, das dies ermöglicht, war der internationale „Terrorismus“. ^{Dieses Wort} Er ließ es zu, dass nicht die islamische Welt insgesamt auf die Anklagebank des Westens kam, dass sich die Gemäßigten, die dem Westen weniger übergesonnenen, nicht mit der al-Quaida-Gruppe, mit Ben Laden und seinen Anhängern solidarisieren mußte. Man einigte sich schnell in den westlichen Medien und Politikerstäben, dass es nicht der Islam, die islamische Welt sei, die dem Westen übel wolle, sondern nur eine kleine Gruppe – man mußte sich darauf einigen, sonst wäre der Gegner zu stark geworden. Das war die politische Leistung dieser Diagnose.

Aber im Moment der äußersten Gefahr, in den Tagen nach dem 11. September, schien zugleich auch die Gefahr auf, die diesem Begriff heute inne wohnt: die Gefahr der Definition eines absoluten Feindes in der westlichen Welt. Und dieser Feind trug alle Züge eines wohl bekannten Musters: nämlich das Bild eines Feindes, der sich aus der schnellen Identifikation der fremden Religion mit dem fremden Volk ergeben konnte. So war es in der Vergangenheit immer gegangen: in der Feindschaft zwischen dem christlichen Europa und dem islamischen Osmanischen Reich, zwischen dem katholischen Frankreich und dem (angeblich) protestantischen Deutschland, zwischen dem christlichen Abendland und dem atheistisch-kommunistischen Ostblock...

Doch das alte Muster passte jetzt nicht mehr: weder war es politisch opportun, sich mit den arabisch-islamischen Völkern insgesamt anzulegen, noch trug der Anschlag von New York der Tatsache Rechnung, dass in einer globalisierten Verkehrsgesellschaft Konflikte wie dieser nicht mehr zwischen Staaten und Völkern ausgetragen werden mußten, sondern von kleinen Gruppen geführt und ins Innere der westlichen Staaten selbst getragen werden konnten. Doch gleichwohl trägt die Feinddiagnose Terrorismus wesentliche Züge des ethnisch-religiösen Feindes und ich möchte behaupten, dass sie gewissermassen nur einen Platzhalter für diesen absoluten Feind bildet.

Denn was ist Terrorismus? Die Geschichte des Begriffs weist uns zurück in die Zeit der Französischen Revolution, als zuerst von Danton, dann seit 1792 von den mei-

sten Führern der sog. Bergpartei die „terreur“, der Schrecken zum legitimen Mittel ihrer revolutionären Politik erhoben wurde. Legitim erschien dieses Mittel seinen Vertretern zum einen aufgrund der absoluten Bedrohung durch die verbündeten monarchischen Armeen und die Macht der emigrierten Adligen, die sie mobilisiert hatten; zum andern als Ausdruck des absoluten Rechts des Volks, dem als oberster Souverän alle Mittel zur Durchsetzung seines Willens erlaubt waren.

Erst nach dem Sturz Robespierres kam allerdings der negativ besetzte Begriff des „Terrorismus“ und des „Terroristen“ auf, der eine Art von systematischem politischen Regime suggerierte, in dem nicht mehr der Zweck die Mittel, sondern die Mittel den Zweck heiligten. Seither ist der Begriff, vom konkreten Kontext seiner historischen Legitimation entbunden, immer beliebiger gegen alle möglichen Regime, Gesinnungen und Aktionen eingesetzt worden. Vor allem seit dem Ersten Weltkrieg hat sich das Spektrum seiner Anwendungen enorm erweitert:

Schon die Alldeutschen sprachen gegen Ende des Krieges zugleich vom „westlichen Terror“ Englands und Frankreichs und vom „östlichen Terror“ der Bolschewisten. In Rußland bekämpften sich der „weiße“ und der „rote Terror“, in der Weimarer Republik Ende der 20er Jahre dann der nationalsozialistische und der kommunistische Terror. Spätestens seit den 20er Jahren signalisiert der Begriff damit den Zustand äußerster – oder mit Carl Schmitt zu sprechen: einer absoluten – Feindschaft, bei dessen Bekämpfung alle Mittel erlaubt sind. Die Feindschaft gegen den Terrorismus hat eine religiöse Qualität, sie postuliert nicht nur letzte Werte – oft gerade auch dadurch dass sie dem Terroristen solche unterstellt – letzte Werte, die es mit welchen Kosten auch immer zu bekämpfen gelte, und bei deren Bekämpfung man sich genötigt sieht, sich selbst auf letzte Werte zu berufen.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich die Begriffe „Terror“ und „Terrorismus“ dann immer mehr zu politisch beliebig beziehbaren Feindbegriffen verschlissen. Mit ihrer Hilfe lassen sich politische Schuldzurechnungen und Entlastungsgewinne im ideologisch gesättigten Raum beliebig hin und her schieben. Das macht sie analytisch unbrauchbar und politisch gefährlich. Denn was ist größerer Terror: der Anschlag auf das World Trade Center oder die Tötung unschuldiger Zivilopfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung?

Die Kategorie des Terrors verbietet eine solche Frage von vorn herein. Denn sie stellt die Opfer beider Seiten auf eine moralisch-rechtliche Stufe, was der Begriff des Terrors gerade verhindern soll. Was aber ist Terror? Zunächst nichts weiter als eine gewaltsame, auf „Schrecken“ und Einschüchterung zielende Aktion; darüber hinaus gilt Terror als eine illegitime politische Aktion, die häufig mit dem Ziel des Umsturzes der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung verbunden ist. Darin gleicht sie der revolutionären Aktion, allerdings ohne deren geschichtsphilosophische Legitimation aufzuweisen: weder wird ihr die Legitimität der sozialen Befreiung noch die Utopie einer besseren Ordnung zuerkannt, die sie herzustellen beabsichtigt. Statt dessen wird dem Terrorismus vorgeworfen, er mißachte die Grundlagen aller politisch-moralischen Ordnung: Toleranz, Freiheit, die Menschenrechte usw.

Es ist eine gefährliche politische Ideologie, aus der sich der Terrorismus ebenso wie seine Bekämpfung nährt: In der Definition des absoluten Feindes sucht ein politisches Gebilde seine absolute Identität. Die westlichen Staaten stehen an der Schwelle zu dieser Ideologie, und es ist nicht uninteressant zu sehen, wie die westlichen Gesellschaften auf diese Herausforderung reagieren:

In den Vereinigten Staaten dominierten, so weit ich sehe, nach dem 11. September zwei Einstellungen, die letztlich zwei Seiten derselben Medaille bilden: die eine drängte auf eine Universalisierung westlicher Werte: politisch bedeutete dies die Universalisierung der Demokratie, ökonomisch die Globalisierung der westlichen Wirtschafts- und Kommunikationsstrukturen. Die Universalisierung demokratischer Werte erlaubte z.B. die Definition von „Schurkenstaaten“, die Globalisierung der Kommunikationsstrukturen dagegen die Inanspruchnahme eines Interventionsrechts in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die Universalisierung der als höchster religiöser Wert stilisierten amerikanischen Lebensform – das ist die protestantisch gefärbte amerikanische Zivilreligion, welche vom gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten in einer eigentümlich robusten Form nach außen wie nach innen verteidigt wird.

Die europäischen Staaten zeigten sich gegenüber dieser weltanschaulich-politischen Zivilreligion nach dem 11. September zunächst reserviert – spürbar war dies allerdings schon damals weniger in Deutschland als in anderen europäischen Ländern, in Frankreich, Spanien, in England und Skandinavien – doch sobald sich ihre relativ großen politisch-militärischen und ökonomischen Erfolgsaussichten abzeichneten, gingen sie überwiegend mit. Dabei lehrt uns die historische Erfahrung in Europa eigentlich etwas anderes: Das Gleichgewicht der europäischen Mächte beruhte in der frühen Neuzeit gerade auf der Erfahrung, dass sich ein allgemeiner Frieden nur herstellen ließ, wenn die religiösen Differenzen zwischen den Staaten neutralisiert würden und an die Stelle der staatsreligiösen Einheitsordnung des Mittelalters ein System der grundsätzlichen Trennung von Kirche und Staat träte.

Noch im 16. Jahrhundert hatte die Identität von Religion und politischer Herrschaft die europäische Staatenordnung bestimmt. Das auf dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 verkündete Prinzip „cuius regio eius religio“ – d.h. die Religion eines politischen Territoriums müsse sich nach derjenigen ihres Oberhauptes richten – hatte ja nicht nur für Deutschland gegolten, es bedurfte nur hier, im religiös gespaltenen Heiligen Römischen Reich, der besonderen Betonung. Doch nicht nur hier, sondern ebenso in England, Frankreich, Irland, den Niederlanden usw. wurden in den folgenden 200 Jahren religiöse Minderheiten bedrängt, schikaniert, vertrieben und sogar ausgerottet. Die schlimmsten Beispiele lieferten Frankreich mit der Vertreibung der Hugenotten 1685 und England mit der Eroberung Irlands und der Unterdrückung seiner katholischen Bevölkerung. Aber nirgends konnte damit ein dauerhafter Friede hergestellt werden.

Erst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts löste sich allmählich die Einheit von Religion und politischer Gesellschaft, von Kirche und Staat: In Frankreich erlangten die Protestanten und Juden z.Zt. der Französischen Revolution ihre politische Freiheit, in

Deutschland nach dem Vorbild Josephs II. von Österreich 1781 dann im gesamten Deutschen Bund 1815 Protestanten und Katholiken die politische Gleichberechtigung. In der Heiligen Allianz wurde damals zum ersten Mal auch auf internationaler Ebene – übrigens damals noch ohne Mitwirkung des römischen Papstes – die politische Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen verkündet. Doch noch war damit die Gefahr der politischen Funktionalisierung religiöser Überzeugungen keineswegs gebannt. Denn schon ein halbes Jahrhundert später setzte um 1870 in ganz Europa eine neue Welle der Politisierung religiöser Überzeugungen ein – diesmal nicht im Namen des „Volkes“, der Nationen.

Man muß hier etwas genauer hinschauen, um das Übel dieser nationalistischen Verengung des Religiösen richtig zu erfassen: Denn eine religiöse Aufbruchsstimmung hatte die Bildungsprozesse der Nationen auch schon in früheren Jahrhunderten begleitet – von Martin Luther in Deutschland und Jean d’arc in Frankreich bis hin zu Herder und Joseph Görres ist sie überall zu spüren. Der deutsche Einigungsprozess wurde ebenso wie der polnische, der dänische und schwedische, der griechische und serbische Einigungsprozess im 19. Jahrhundert stets von einer intensiven Suche nach einer gemeinsamen religiösen Grundlage begleitet. Aber noch diente die religiöse Selbstfindung eher einer Öffnung nach außen, nicht wie seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Ausgrenzung des Fremden der Definition einer nationalen religiösen Identität.

Nach 1870 änderte sich dies in den nationalistischen Bewegungen grundlegend – und zwar ebenso im englischen Imperialismus wie im französischen Nationalismus und Integralismus, ebenso in den panslawischen Bewegungen Russlands und des Balkans wie den völkischen Bewegungen Deutschlands. Mit der Ausgrenzung zunächst der Sozialisten, dann der Katholiken und schließlich der Juden und Polen (der „gelben Gefahr“ des Ostens) verlieh sich das Deutsche Reich schon unter Bismarcks Leitung eine künstliche, protestantisch und völkisch gefärbte religiöse Identität, die in den Folge unendlichen Schaden anrichtete. Ich will die verheerenden Folgen dieses Aufbaus einer Politik der religiösen Identitätsfindung durch Ausgrenzung des Fremden hier nicht weiter verfolgen – sie sind Ihnen ja hinreichend bekannt, sondern nur vor der Form solcher Politik auch heute warnen:

Heute kommt die Gefahr in der westlichen Welt weniger von der Dominanz einer religiösen Gemeinschaft, die sich einen politischen Führungsanspruch anmaßen würde – obwohl die Gefahr eines christlichen Führungsanspruch gegenüber der islamischen Welt, wie die Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi zeigen, keineswegs völlig gebannt ist. Heute geht es mehr um die Frage, ob die westliche Frage sich ein quasi religiöses Selbstverständnis wesentlich über die Ausgrenzung des Terrorismus zulegen soll. Ich meine, die europäische Erfahrung zeigt, dass dies kein gangbarer, sondern ein gefährlicher und verhängnisvoller Weg wäre. Keine politische Ordnung läßt sich auf die Ausgrenzung politischer Gegner gründen. Diese Art von „Sammlungspolitik“, wie man im Kaiserreich sagte, mag punktuell von Nutzen und nötig sein, um eine akute Gefahr zu meistern. Aber sie versteinert zur quasi religiösen Selbstlegitimation eines Gemeinwesens, das unter dem Vorwurf des „Terro-

rismus“ bald beginnt, alle möglichen unbequemen Gegner als Staatsfeinde zu verdächtigen. Wir sehen in Israel und der Türkei, in Irland wie in Tschetschenien, wie leicht sich dieses Etikett politisch mißbrauchen läßt. Es wäre gut, wenn Europa insgesamt sich frei halten könnte von dieser Art einer quasi-religiösen Selbstdefinition durch die Definition absoluter Feindschaften.